

Koalitionsfrage: „Eine Partei schlimmer als die andere“

Wahlkampf Thorsten Frei, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, sprach in Berg zum „Politikwechsel für Deutschland“. Von Amrei Oellermann

Es sind markige Worte, die CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz in der vergangenen Woche gefunden hat: Als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland würde er „am ersten Tage meiner Amtszeit“ das Bundesinnenministerium anweisen, die deutschen Staatsgrenzen zu allen unseren Nachbarn dauerhaft zu kontrollieren und ausnahmslos alle Versuche der illegalen Einreise zurückzuweisen. „Es wird ein faktisches Einreiseverbot in die Bundesrepublik Deutschland für alle geben, die nicht über gültige Einreisedokumente verfügen oder die von der europäischen Freizügigkeit Gebrauch machen.“ Das gelte ausdrücklich auch für Menschen mit Schutzanspruch.

Für Thorsten Frei ist das der richtige Weg. Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war vergangene Woche zu Gast in Ehingen, um die hiesige Bundestags-

abgeordnete Ronja Kemmer im Bundestagswahlkampf zu unterstützen. Im Sudhaus der Berg-Brauerei sprach er vor rund 100 Gästen – vor allem zum Thema Migration. Er zeichnete ein düsteres Bild von der Lage im Land.

„So wie es ist, kann es nicht bleiben“, meinte er. In Deutschland herrsche ein „Maß an Unsicherheit, das wir nicht mehr dulden können“. Ronja Kemmer hatte zuvor in ihrem kurzen Grußwort eine „Migrationswende“ gefordert: Deutschland brauche die Zurückweisung an den Grenzen und einen Abschiebebeweis für ausreisepflichtige Personen. Auch Frei stellte sich voll und ganz hinter Merz' Pläne.

Experten äußern Bedenken

Der Gießener Professor Jürgen Bast, der sich mit internationalem Migrations- und Flüchtlingsrecht befasst, hält dauerhafte Kontrollen an den deutschen Grenzen nicht für zulässig. „Das Einführen von Grenzkontrollen darf nur vorübergehend und bei einer konkreten Gefahrenlage erfolgen“, sagt er der Deutschen Presse-Agentur. Die Vorschläge der CDU seien so konstruiert, dass sie die europäische Regelungsebene schlicht ignorierten. „Der ganze Ansatz zielt genau entgegen bestimmter Grundaussagen der EU-Verträge.“ Auch andere Juristen äußern Bedenken – aber nicht alle.

Diese Kontroverse kam in Berg freilich nicht zur Sprache. Stattdessen betonte Frei, dass in den vergangenen vier Jahren rund drei Millionen Menschen legal und illegal nach Deutschland gekommen seien – während der Bevölkerung im Land unter anderem 800.000 Wohnungen und 400.000 Kita-Plätze fehlten. Die CDU hingegen habe ein klares Programm: „Die Menschen müssen es uns nur glauben.“ Dieses Programm sei „unverhandelbar“, rief Frei unter dem Applaus seiner Zuhörer:



Thorsten Frei, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, war vergangene Woche zu Gast in Berg. Foto: Amrei Oellermann

Wer es nicht mittrage, komme als Koalitionspartner für die CDU nicht in Frage.

Auch ansonsten prägten markige Worte den Nachmittag: Frei sprach sich gegen flächendeckende Subventionen aus, gegen eine Vermögenssteuer, gegen das Verbandsklagerecht, das Vereinen und Verbänden die Möglichkeit gibt, gegen eine Verletzung von Rechten der Allgemeinheit vorzugehen – „das muss weg“ – und für mehr Leistungsgerechtigkeit. Deutschland diskutiere über Work-Life-Balance, Homeoffice, Vier-Tage-Woche und mehr Urlaubstage, ärgerte sich der Abgeordnete: „Man muss sich schon fragen, in welcher Welt man lebt, wenn man mehr Urlaub will, während 1,7 Millionen Stellen unbesetzt bleiben, weil Fachkräfte fehlen.“

Überhaupt würden die Menschen in Deutschland zu wenig arbeiten – rund 200 Stunden pro Jahr weniger als die Menschen in der Schweiz und 500 Stunden weniger als die in Amerika. Frei sah als Grund, dass es zu wenig Anreize für Mehrarbeit gebe. Er forderte steuerfreie Zuschläge für Überstunden und kritisierte, dass der Spitzensteuersatz von 42 Prozent zu früh, nämlich bereits bei einem Einkommen von rund 67.000 Euro, ansetze. „Das sind aber keine Spitzenverdiener, sondern die Leistungsträger unserer

Gesellschaft“, meinte er. Unter dem Strich sah Frei nur eine Lösung: „Wir brauchen Merz als Bundeskanzler.“

Im Anschluss an die Rede hatten die Zuhörer Gelegenheit, Fragen zu stellen. Dabei schien insbesondere jene nach möglichen Koalitionspartnern die Gemüter

zufolge gingen aber rund 20 Prozent der Stimmen an Parteien, die wohl gar nicht in den Bundestag einziehen, sagte er. Klar sei für die CDU daher nur eines: „Für uns wird es keine Zusammenarbeit mit der AfD geben.“ Und das werde auch nach der Bundestagswahl genau so gelten.

Absage an AfD-Verbot

Wie viel Substanz seine Worte haben, dürfte sich noch in dieser Woche zeigen: Kanzlerkandidat Friedrich Merz will Pläne für eine scharfe Migrationspolitik in den Bundestag einbringen, darunter ein „Zustrombegrenzungsgesetz“. Das sei „natürlich klar auf unserer Linie“, sagte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Bernd Baumann, der Deutschen Presse-Agentur zufolge vor Journalisten in Berlin. „Natürlich stimmen wir dem zu.“

Von einem AfD-Verbot wollte Frei in Berg nichts wissen: Er sehe das als den falschen Weg an, erklärte er und meinte: „Wenn extremistische und populistische Parteien so viel Zuspruch bekommen, hat das nur einen Grund“ – Unzufriedenheit mit jenen, die politische Verantwortung tragen. Es brauche daher kein AfD-Verbot, „den Gefallen dürfen wir denen nicht tun“. Es gelte vielmehr, „den Menschen jeden Grund zu nehmen, diese Partei zu wählen“.

„Unser Programm ist unverhandelbar.“

Thorsten Frei (CDU)
Fraktionsgeschäftsführer im Bundestag

zu bewegen. „Wenn ich jetzt CDU wähle, kann ich dann sicher sein, dass ich keine Grünen und keine Sozialdemokraten mehr bekomme?“, wollte ein Mann wissen. Frei wich aus. Von den anderen Parteien sei „eine schlimmer als die andere“. Aktuelle Umfragen

20

Prozent der Wählerstimmen gingen Thorsten Frei zufolge nach aktuellem Umfrage-Stand an Parteien, die wohl gar nicht in den Bundestag einziehen werden.